

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
am 15. und 16. September 2020
im Bayerischen Landtag in München**



**Stark aus der Krise –
Chancen erkennen und ergreifen**

1 Die bayerische Wirtschaft steht vor großen **Herausforderungen**. Die Corona-
2 Pandemie, hat **weltweit die wirtschaftliche Entwicklung abrupt gestoppt** und in
3 vielen Ländern zu einer Rezession geführt. Auch hat uns die Corona-Krise deutlich die
4 Abhängigkeit der Industrie von Importen und funktionierenden internationalen und
5 globalen Lieferketten gezeigt. Es ist zu befürchten, dass sich bestimmte Märkte nicht
6 mehr erholen werden oder mittelfristig sogar wegbrechen.

7 Bayern ist wie kaum eine andere Volkswirtschaft mit den globalen Märkten verflochten.
8 Die ausgebliebene Nachfrage aus dem In- und Ausland sowie gestörte global vernetzte
9 Lieferketten zogen enorme **Umsatzeinbrüche bei den Unternehmen**, vor allem im
10 verarbeitenden Gewerbe, nach sich. In nahezu allen Branchen ist die bayerische
11 Wirtschaft schwer beeinträchtigt; viele Unternehmen sind mit enormen
12 Umsatzeinbußen konfrontiert.

13 Dass die bayerische Wirtschaft besser dasteht als andere, verdanken wir dem
14 **schnellen und entschlossenen Handeln der Bayerischen Staatsregierung**: Mit
15 dem gut 60 Milliarden Euro umfassenden „**Bayern-Schirm**“ (BayernFonds und LfA-
16 Schutzschirm) und dem Sonderfonds Corona-Pandemie mit einem Volumen von 20
17 Milliarden Euro konnte die Liquidität vieler bayerischer Unternehmen gesichert und die
18 bayerische Wirtschaft stabilisiert werden. Die Soforthilfe, Steuerstundungen,
19 Rückzahlungen von Steuervorauszahlungen oder günstige Kredite der LfA Förderbank
20 Bayern helfen besonders unseren kleinen und mittelständischen Betrieben. Und mit
21 dem **BayernFonds** können Unternehmen, deren Liquidität oder Kapitalausstattung
22 durch die Corona-Krise bedroht sind, durch eine befristete staatliche, stille Beteiligung
23 oder durch staatliche Garantien unterstützt werden. Darüber hinaus tragen die auch
24 auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung eingeführten Sonderregelungen zum
25 Kurzarbeitergeld wesentlich dazu bei, Liquidität in den Unternehmen zu sichern und
26 Arbeitsplätze zu erhalten.

27 Neben dem akut betroffenen verarbeitenden Gewerbe werden **Handwerk und**
28 **Baugewerbe mit den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen konfrontiert**
29 werden. Gerade diese Branchen stellen das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen
30 Wirtschaft, insbesondere im ländlichen Raum, dar. Um dieser Entwicklung
31 entgegenzuwirken, sollen geplante **Investitionen in den Erhalt und Ausbau der**
32 **Infrastruktur und von Gebäuden im öffentlichen Bereich** wie geplant umgesetzt
33 bzw. nach Möglichkeit auch vorgezogen werden.

34 Für die **Branchen, die besonders von den Corona-Einschränkungen im**
35 **öffentlichen Leben** tangiert sind, z. B. Gastronomie, Hotellerie, Tourismus- und
36 Reisebranche, Einzelhandel, Messen, wurden von der Bundesregierung **weitere**
37 **Unterstützungs- und Überbrückungsmaßnahmen** bereitgestellt. Bislang nehmen
38 viele Unternehmen diese Hilfen nicht in Anspruch. Wir fordern den Bund auf, die

Bewertungskriterien und die Vergabeprozesse für diese Maßnahmen zu verifizieren und anzupassen, da sie – wie die aktuellen Antragszahlen zeigen – die realen Umstände vieler betroffener Unternehmen nicht ausreichend berücksichtigen.

Inzwischen gibt es **erste positive konjunkturelle Effekte**. Trotzdem ist die Lage weiterhin sehr angespannt. Unser Ziel ist es deshalb, diese schwierige wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise schnell zu entschärfen.

Grundvoraussetzung für die **Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaft** sind **international wettbewerbsfähige Standortfaktoren**, die wir weiterhin dringend fordern. Unsere Unternehmen müssen entlastet werden. Die Bundesregierung muss endlich die **Unternehmenssteuern auf ein Niveau von 25 Prozent** senken. Daran führt kein Weg vorbei. Der **Solidaritätszuschlag** muss sofort komplett abgeschafft werden. Ein **flexibleres Arbeitszeitrecht** soll der Wirtschaft Handlungsspielräume eröffnen, um das nun benötigte Wirtschaftswachstum zu generieren. Wir fordern eine **Wochenarbeitszeit**. Die berufliche Ausbildung wollen wir weiter stärken, aber auch die Möglichkeiten von Qualifizierung in Teilzeit ausbauen, auch um den Zugang von geringqualifizierten zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sollen weiterhin die Infrastruktur der Jobcenter und Arbeitsagenturen verstärkt und mit anderen Systemen wie die Jugendhilfe besser vernetzt werden.

Die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist auf das engste mit einer zügigen **Digitalisierung** verbunden. Obwohl die digitale Infrastruktur keine primäre Aufgabe der Bundesländer ist, sondern unter marktwirtschaftlichen Kriterien im Kontext mit bundespolitischen Rahmenbedingungen steht, hat der Freistaat Bayern seinen Kommunen bereits **über zu 1,1 Mrd. Euro** an Fördermitteln zugesagt, um **Glasfaser-Kabel in die Fläche** zu verlegen und somit auch den ländlichen Raum von der Breitbandversorgung profitieren zu lassen. Diesen erfolgreichen Weg führt Bayern als erstes Bundesland mit der neuen Bayerischen Gigabitrichtlinie fort. Um für die Wirtschaft insgesamt, aber vor allem auch für junge Unternehmen, **die entsprechenden digitalen Rahmenbedingungen** zu schaffen, die sie vor allem jetzt benötigen, wollen wir den Glasfaserausbau noch schneller voranbringen und die Hightech-Agenda zügiger umsetzen als bisher geplant.

Zur digitalen Infrastruktur gehört aber auch der **Mobilfunk**. Wir fordern den Bund dringend auf, gemeinsam mit den Mobilfunkanbietern einen schnellen Konsens zu finden, damit die **Mobilfunkversorgung in Bayern flächendeckend** abgebildet wird. Das gleiche gilt für den neuen Standard 5G. Eventuelle Versorgungslücken, die aufgrund der Vergabekriterien nicht durch die Mobilfunkanbieter geschlossen werden müssen, sind von einer bundeseigenen Infrastrukturgesellschaft kurzfristig zu beheben. Bei zukünftigen Vergaben von Frequenzen soll die Bundesregierung weniger den Erlös, sondern die tatsächliche flächendeckende Versorgung in den Vordergrund stellen.

Die **Digitalisierung von Prozessen und Produktionsschritten** ist elementar und wird mehr und mehr Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Der **Digitalbonus** hat sich hier als guter Anreiz, gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen und dort besonders im Handwerk, gezeigt. Die Staatsregierung hat die Richtlinie für den Digitalbonus bereits verlängert. Jetzt geht es darum, dieses Instrument auch inhaltlich weiterzuentwickeln und dabei den Unternehmen gezielt weitere Impulse zu geben, um die Digitalisierung ihrer Betriebe durch Investitionen in Hard- und Software sowie durch Stärkung der digitalen Fähigkeiten und Kenntnisse ihrer Belegschaften voranzutreiben.

Wir **unterstützen den Green Deal zur Erreichung der Klimaneutralität** bis 2050 in Europa. Klimapolitische Maßnahmen können einen Beitrag zu Wirtschaftswachstum leisten, wenn mehr Investitionen angeregt, als Nachfragerückgänge bewirkt werden. Die Wirtschaft braucht dringend Planungssicherheit bezüglich der angestrebten, erreichbaren Ziele. Diese können nur im vertrauensvollen Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft erreicht werden. Gute Zusammenarbeit setzt rechtzeitige Kommunikation, Beteiligung und in allen Phasen Verlässlichkeit voraus.

Die **Klimaneutralität ist am besten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten** zu verwirklichen. Diese stehen für weniger Verbote, fiskalische Belastungen, Regulierungen und damit auch für weniger Bürokratie. Es genügt nicht Carbon Leakage auszugleichen, diese ist vielmehr zu vermeiden. Klimaschutz ist am wirkungsvollsten, wenn möglichst große Effekte mit geringstmöglichem Aufwand erreicht werden. Darauf müssen auch die Einzelmaßnahmen des Green Deal abgestimmt werden. Nicht alles muss zeitgleich einem Klimaregime unterworfen werden. Schwerpunktsetzungen sind erforderlich, um eine im Verhältnis zum Aufwand größtmögliche Einsparung an CO₂ zu erreichen. Hierzu gehören auch **maximal wirksame Maßnahmen in Drittstaaten** außerhalb der EU. Denn der **Ansatz der EU-Klimapolitik muss ein globaler** sein. Wir fordern daher, dass bei zukünftigen Freihandelsabkommen der EU explizit auch ein CO₂-Zertifikatehandel berücksichtigt werden soll.

Wir fordern **Prioritäten zum bestmöglichen Erreichen der Klimaneutralität** in Europa: Die tatsächliche Erreichung feststehender Ziele ist wichtiger als die Formulierung neuer Ziele. Die Zielerreichung wird nur dann von allen Beteiligten mit maximaler Anstrengung angegangen werden, wenn die Ziele realistischerweise erreichbar erscheinen. Ansonsten droht Carbon Leakage und damit Schaden für das Klima auf der Welt und für den Wohlstand in Europa.

Das **Europäische Emissionshandelssystem muss für alle Marktteilnehmer jederzeit verständlich bleiben und leicht handhabbar** sein, weil ansonsten vor allem die KMUs von vorneherein überfordert werden. Eine angestrebte **Kreislaufwirtschaft muss auch durch Anreize und nicht nur mit Verboten und Regularien** erreicht werden. Bei der **Mobilität ist auf Technologieneutralität** und die Betrachtung vollständiger Lebenszyklen der Produkte abzustellen. Die Anforderungen an Sustainable Finance sind bei gleichzeitiger Reduktion des bürokratischen Aufwandes anzustreben. Zudem dürfen die Kriterien für die verschiedenen Unternehmensfinanzierungen nicht ideologisch interpretierbar und zu pauschal sein, sondern müssen immer auch die individuelle strukturelle und perspektivische Situation der jeweiligen Unternehmen berücksichtigen.

Diese Win-Win-Situation ist dann erreichbar, wenn **Nachhaltigkeitsziele bereits durch entsprechende Gestaltung der für ganze Sektoren anwendbare Module** gestaltet werden und nicht durch Betrachtungen und Bewertungen in jedem Einzelfall. Allen Unternehmen muss die Finanzierung von Investitionen möglich sein, auch wenn diese nur einen Schritt hin zu einer Transformation zu einer klimaneutralen Welt darstellen. Eine **praxisgerechte Umsetzung eines nachhaltigen Finanzsystems** bedingt die **rechtzeitige Beteiligung aller Akteure der Industrie und des Handels**, wobei der Berücksichtigung der berechtigten Anforderungen der KMUs besondere Bedeutung zukommt.

Wir fordern den Bund auf, die **Rahmenbedingungen des Investitionsbeschleunigungsgesetzes** so zu gestalten, dass die bürokratischen Erfordernisse auf ein Mindestmaß reduziert werden. Eine doppelte

136 Umweltverträglichkeitsprüfung würde Maßnahmen unnötig verzögern und zu einer
 137 enormen Kostensteigerung führen. Die Bayerische Staatsregierung fordern wir auf zu
 138 prüfen, wie Bayern **Infrastrukturmaßnahmen noch mehr beschleunigen kann**. Der
 139 Status quo ist mit einem hohen Aufwand an Kosten und Zeit verbunden.
 140 Sonderauflagen zum Nachteil deutscher Unternehmen, wie z.B. das geplante
 141 Lieferkettengesetz, passen nicht in die schwierige gesamtwirtschaftliche Situation und
 142 sind, wie auch weitere Auflagen, die unseren Wirtschaftsstandort schwächen, zu
 143 unterlassen.

144 Generell muss die Bürokratie in Bayern weiter konsequent abgebaut werden. Wir
 145 unterstützen den von der Staatsregierung beschlossenen Praxis-Check und fordern
 146 gleichzeitig, dass dieser bei allen geeigneten staatlichen Regelungen durchgeführt
 147 und die dabei gewonnenen Erkenntnisse konsequent berücksichtigt werden.

148 Bayern hat bereits heute eine sehr **innovative und erfolgreiche Gründerszene**. Der
 149 Gründerstandort ist international wettbewerbsfähig und trägt nachhaltig zur
 150 Entstehung von Arbeitsplätzen in Bayern bei. Wir unterstützen bereits sehr erfolgreich
 151 junge Start-Up-Unternehmen, wollen hier aber noch besser werden, um die besten
 152 und kreativsten Köpfe hier in Bayern zu halten und nach Bayern zu holen. Wir werden
 153 daher unsere Aktivitäten zur **Förderung von Start-Ups deutlich ausbauen**, um die
 154 **finanzielle Basis von Start-Ups nachhaltig zu verbessern**. Bayern soll der Ort für
 155 Kreative aus der ganzen Welt sein. Die Bayerische Staatsregierung legt daher einen
 156 völlig **neuen Start-up-Fonds** mit einem Volumen von bis zu 250 Mio. Euro auf, mit
 157 dem Start-Ups mit bis zu 25 Mio. Euro gefördert werden können. Damit können wir
 158 selbst kapitalintensive, hochwertige Fertigungen bestens unterstützen.

159 Für junge, innovative Unternehmen ist neben der Gründungsphase auch die sog.
 160 **2. Finanzierungsphase** von enormer Bedeutung. Wir wollen, dass unsere
 161 bayerischen Start-Ups nicht im Ausland auf Kapitalsuche gehen müssen und damit für
 162 die bayerische Wirtschaft verloren gehen. Dies hätte schwerwiegende Folgen für die
 163 bayerische Wirtschaft und Wertschöpfung. Denn es wandern nicht nur die Gründer,
 164 sondern mit ihnen auch Patente und Produkte ab. Wir wollen daher den BayernFonds,
 165 den wir zunächst für Unternehmen in Notsituationen geschaffen haben, modifizieren
 166 und auch dafür einsetzen, die **Eigenkapitalbasis von Start-Up-Unternehmen zu**
 167 **verbessern**.

168 Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene weiterhin nachdrücklich dafür stark
 169 machen, **Existenzgründer von unnötiger Bürokratie zu befreien**, u.a. durch
 170 Verbesserungen im Steuerrecht sowie bei Statistik- und Dokumentationspflichten.
 171 Aber vor allem auch der Einsatz von Risikokapital muss für die jungen Unternehmen
 172 erleichtert werden.

173 Junge Unternehmen brauchen aber nicht nur eine solide finanzielle Basis, sondern
 174 auch ein **gründerfreundliches Klima**. Wir werden deshalb die bestehenden
 175 **Gründerzentren weiter ausbauen** und wollen diese in ein Netzwerk, auch auf
 176 internationaler Ebene einbetten.

177 Gerade in den Anfangsjahren spielt für Start-Ups die Gewinnung von geeigneten
 178 Mitarbeitern eine zentrale Rolle. Die **Mitarbeiterbeteiligung** im Unternehmen als
 179 Gehaltskomponente ist ein wichtiges Instrument beim Recruiting. Um hier Anreize zu
 180 setzen, wollen wir das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung für Start-ups weiter
 181 verbessern.

182 Eine lange Tradition hat Bayern im **Automobilbau und seiner Zulieferindustrie**.
 183 Diese Unternehmen erwirtschafteten 2019 einen Umsatz in Höhe von 116 Mrd. Euro,

was fast einem Drittel des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe entspricht. Bereits vor der Corona-Krise sah sich diese Branche mit großen Herausforderungen konfrontiert. Mit dem Corona-Lockdown im April 2020 musste sie einen Rückgang der Umsätze und Aufträge um mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahresmonat hinnehmen. Mit der Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 16 Prozent und dem Umweltbonus wurde ein erster Impuls gegeben, um die **Binnennachfrage auch im Automobilbereich anzukurbeln**. Weil bei diesen wichtigen Maßnahmen viele Zulieferbetriebe leider außen vor bleiben, fordern wir die Bundesregierung auf, alle **Maßnahmen technologieoffen zu gestalten** und neue Akzente, gerade für die Zulieferindustrie, zu setzen. Der Automobilbau braucht einen Innovationssprung, und wir wollen, dass dieser Sprung in Bayern gemacht wird.

Die **Gesundheits- und Pflegewirtschaft (GPfWi)** ist eine der stärksten und zukunftssträchigsten Branchen im Freistaat. Sie hat sich in den letzten zehn Jahren zum krisenresistenten Wachstumsmotor für den Wirtschaftsstandort Bayern entwickelt. Wir wollen diese Entwicklung weiter vorantreiben.

Vor besonderen Herausforderungen steht Bayern derzeit bei der **Energieversorgung**. Deutschland gehört europaweit zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen. Wir fordern deshalb weitere Entlastungen bei der EEG-Umlage, die **Stromsteuer in Deutschland auf den europarechtlichen Mindestsatz** zu senken und für unsere energieintensiven Unternehmen einen festgelegten **europäischen Industriestrompreis** von kleiner 40 Euro/MWh. Gleichzeitig müssen wir auf der Grundlage von innovativen Energieversorgungskonzepten die ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Belange in Ausgleich bringen. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit sind unsere energiepolitischen Ziele.

Der Freistaat Bayern ist beim **Ausbau der Erneuerbaren Energien** und hier insbesondere bei Photovoltaik, Biomasse, Geothermie und traditionell bei der Wasserkraft sehr engagiert. Der im Moment stagnierende Ausbau der Onshore-Windkraft ist kein allein bayerisches Phänomen, sondern deutschlandweit feststellbar. Wir halten daher bei der Windkraft an der **10H-Regel** fest. Denn sie verhindert keine Windräder, sondern beteiligt vielmehr die Bürger maximal im Rahmen der Bauleitplanung, wenn Windräder mit einem Abstand von weniger als dem 10-fachen ihrer Höhe gebaut werden sollen.

Die **bayerische Wasserstoffstrategie** zielt auf die Speicherung von erneuerbaren Energien und die Versorgung mit CO₂-frei erzeugtem Wasserstoff aus anderen Ländern. Nebenbei forciert Bayern die Entwicklung der dafür notwendigen Technologien wie Elektrolyse und Brennstoffzelle sowie der notwendigen Infrastruktur, was ebenfalls zur wirtschaftlichen Entwicklung unsers Landes beitragen wird.

Unabhängig davon müssen wir die **Sicherung der Energieversorgung technologieoffen begleiten**. Hierzu gehört auch, dass **weitere Energiequellen in Bayern entdeckt, erforscht und erschlossen** werden müssen, damit es perspektivisch nicht zu Zielkonflikten kommt.

Neue Technologien wie **Künstliche Intelligenz, SuperTech, Quantencomputing oder Green Tech** – u.a. mit der Wasserstofftechnologie – bieten enorme Potenziale für neues Wirtschaftswachstum, Produktivität und Wertschöpfung in Bayern. Die technologieoffene Förderung neuer Power-To-X leistet einen Beitrag, die Klimaziele zu erreichen.